

Haushaltsrede der SPD 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, es ist das eingetreten, was wir in unseren Haushaltsreden der letzten beiden Jahre prognostiziert haben: Unvorhergesehene Ausgaben, steigende Tarifgehälter, eine explodierende Kreisumlage haben unseren Finanzen derart zugesetzt, dass dringend benötigte Investitionen in den Erhalt unserer Infrastruktur kaum mehr möglich sind. Der hieraus resultierende Substanzverzehr wird sich beschleunigen, wenn sich nichts Grundlegendes an unserem Ausgabeverhalten ändert. Hierzu zählen wir auch das ständige Bestreben, jeden sich bietenden Zuschuss abgreifen zu müssen. Nehmen wir als Beispiel die Stadtplatzsanierung, auch wenn das keiner mehr hören will. Natürlich wäre diese Maßnahme ohne die Zuschüsse der Städtebausanierung nicht bezahlbar gewesen, aber die Zuwendungen betragen leider nur ca. 80 % der zuwendungsfähigen Kosten, den Rest haben wir über Eigenmittel zu finanzieren.

Und hier sind wir auch schon bei den Unwägbarkeiten dieses Haushaltes:

Die Stadtplatzsanierung ist noch nicht abgeschlossen, sichtbarstes Zeichen hierfür sind die noch immer nicht funktionierenden Brunnen. Es existieren nach Auskunft unseres Kämmers noch Haushaltsreste von 700000,- € zur Zahlung der Schlussrechnung, ob diese ausreichen werden, steht in den Sternen. Auch ob die in diesem Haushalt eingestellten 70000,- € für die Restarbeiten genügen, darf bezweifelt werden. 1,6 Mio € an Grundstücksverkäufen sollen mithelfen, diesen Haushalt zu finanzieren. Wir wagen die Prognose, dass wir diese Summe nicht erreichen werden. Auch die Investitionskosten für unsere Kläranlage sind in unseren Augen zu niedrig angesetzt, die Vereinbarung mit der Gemeinde Eggkofen ist noch strittig.

Weiterhin steigende Energiepreise und eine noch nicht gänzlich gebändigte Inflation machen eine Vorausplanung schwierig. Insbesondere die Mittelabflüsse über die Kreisumlage, welche vor allem der ungelösten Krankenhausproblematik geschuldet sind bedürfen einer zeitnahen Lösung. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land ihren Verpflichtungen zum Erhalt unserer Krankenhausinfrastruktur nachkommen. Die Kommunen können diese Herkulesaufgabe nicht länger schultern.

Unsere Stadt bemüht sich nach Kräften das Ihrige zu tun, um den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden. Die Planung von PV- Anlagen, welche wir schon vor Jahren gefordert haben, wird intensiviert, auch ein Leiterfahrzeug für das wir seit langer Zeit kämpfen, ist in diesen Haushalt eingestellt. Die Inflation zwingt uns, an den diversen Gebührenschauben zu drehen, um den Mittelabfluss bei Zuschussbetrieben etwas zu reduzieren. Eine Anhebung wurde auch bei der Grundsteuer in diesen Haushalt eingestellt, von der wir überzeugt sind, dass sie nur der Tropfen auf den heißen Stein ist. Die hieraus generierten Mehrerlöse werden unsere Haushalte langfristig nicht grundsätzlich entlasten. Positiv zu vermerken ist die wachsende Steuerkraft unserer Stadt, steigende GewSt-Einnahmen und eine höhere EinkSt-Beteiligung, so dass wir hoffen dürfen, dass wir langsam aber sicher dieses finanzielle Tal der Tränen verlassen werden.

Es ist aber nicht nur die finanzielle Lage, die sich dringend verbessern muss, auch bei Bürgerbeteiligung und Transparenz ist eine Weiterentwicklung geboten, hier sind andere Gemeinden wesentlich weiter als wir.

Lassen sie mich abschließend nochmals auf die Stadtplatzsanierung eingehen. Am Ende, so meine Schätzung werden hier ca. 7 Mio € an öffentlichen Mitteln zu Buche schlagen, ob einem das Ergebnis der Sanierung gefällt oder nicht, liegt im Auge des Betrachters. Unstrittig ist, dass bei Planung, Ausführung und Bauüberwachung eklatante Fehler und Versäumnisse begangen wurden. Diese gilt es nun aufzuarbeiten, und die Verursacher in Regress zu nehmen, um einen Vermögensschaden für unsere Stadt zu vermeiden, und dies möglichst zeitnah, um die Einrede der Verjährung zu vermeiden.

Wir haben lange überlegt, ob wir diesem Haushalt zustimmen sollen.

Auf der einen Waagschale liegen die zu niedrig angesetzten Kosten aus Stadtplatzsanierung und Kläranlagenertüchtigung, sowie die zu hoch angesetzten Erlöse aus Grundstücksverkäufen, auf der anderen Seite der Waage eine gewisse Alternativlosigkeit zu diesem Haushalt. Ausschlaggebend war, dass die steigende Verschuldung vornehmlich durch Investitionen in kostenrechnende Einrichtungen verursacht wird, so dass die resultierende Schuldenlast als weitgehend gegenfinanziert angesehen werden kann.

In Abwägung dieses Für und Wider haben wir uns für die Zustimmung zu diesem Haushalt durchgerungen.